

**Verabschiedung des Doppelhaushaltes
der Stadt Freiburg i. Br.
für die Jahre 2017/2018**



Rede des Vorsitzenden der Fraktion der Freien Wähler im Gemeinderat
der Stadt Freiburg i. Br., Dr. Johannes Gröger
am 02. Mai 2017

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
sehr verehrter Herr Oberbürgermeister,
verehrte Bürgermeisterin, verehrte Bürgermeister,
verehrte Kolleginnen und Kollegen,

am 13. Dezember 2016 wurde der Doppelhaushalt für die Jahre 2017/2018 vom Ersten Bürgermeister Otto Neideck, gemeinsam mit dem Oberbürgermeister der Stadt Freiburg, Herrn Dr. Dieter Salomon eingebracht. Bei einer geplanten Neuverschuldung von ca. 80 Millionen fällt es schwer, die Stadt für eine nachhaltige und erfolgreiche Finanzpolitik zu loben, was leider bei genauer Analyse der vorgelegten Daten und Zahlen noch deutlicher wird.

Natürlich steht unsere Stadt vor enormen Aufgaben, z.B. im Bereich der Flüchtlingsbetreuung, der Kleinkindbetreuung, aber auch im Bereich notwendiger Investitionen. Dennoch sei die Frage gestattet, weshalb im Zusammenhang mit der Einbringung des DHH nahezu jegliche Denkansätze und konkrete Vorschläge fehlen, die dazu Hoffnung geben könnten, dass der städtische Haushalt wenigstens in Zukunft ohne eine massive Neuverschuldung auskommen wird.

Wenn der EBM in seiner Rede, anlässlich der Einbringung des DHH, unter Hinweis auf das Reformationsjubiläum "Reformen" anmahnt und hofft, dass sich die Begierden des Gemeinderates in Grenzen halten, kann dies weder überzeugen, noch Anlass zu der Hoffnung geben, dass die Notwendigkeit einer strikten Haushaltsdisziplin ernsthaft erkannt, geschweige denn umgesetzt wird. Angesichts sprudelnder Steuereinnahmen ist dann auch völlig unverständlich, wenn der einzige "Hoffnungsschimmer" darin gesehen wird, dass weitere Einnahmesteigerungen herbeigesehnt wird, ohne auch nur mit einem Wort das Thema Ausgabendisziplin zu erwähnen.

Natürlich könnte man stolz darauf sein, wenn man, so jedenfalls die Ausführungen des Herr Oberbürgermeisters, über acht Jahre hinweg keine Schulden gemacht, sondern vielmehr sogar die Schulden von ursprünglich über 350 Mio. auf unter 140 Mio. zurückgeführt hat. Eine solche Freude ist aber nur angebracht, wenn die uns und den Bürgerinnen und Bürgern mitgeteilten Zahlen auch tatsächlich die Realität widerspiegeln würde. Leider ist dies jedoch nicht der Fall.

Allein ca. 55 Mio. Euro Schulden der Stadt wurden durch die Übertragung der städtischen Wohnungen an die Freiburger Stadtbau, bzw. eine Tochtergesellschaft verschoben, ohne dass sich die Schuldenlast des "Gesamtunternehmens Stadt Freiburg" auch nur um einen Cent verringert hat. Gleiches gilt für die Millionenkredite für das neue Verwaltungszentrum in einer extra neu gegründeten städtischen Tochtergesellschaft, oder für die enormen Schuldenlasten bei der Freiburger VAG. Für diese gesamten Schulden haftet die Stadt zudem natürlich auch durch entsprechende Bürgschaften.

Es ist also nicht korrekt, sich eine angebliche "Entschuldung" auf die Fahne schreiben zu wollen, ohne darauf hinzuweisen, dass die Verbindlichkeiten und Kredite "nur" in städtische Untergesellschaften "verschoben" wurden. Insoweit sind dann aber auch die Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters, in Bezug auf die angeblich sehr geringe pro Kopf Verschuldung nicht aussagekräftig. Freiburg ist hoch verschuldet und kann und sollte sich keine weiteren Schulden mehr leisten.

Hinzu kommt, dass durch buchhalterische Fehler, bzw. Tricks, Einnahmen, die in den DHH 2015/16 gehören, in den DHH 2017/18 "verschoben" wurden. So kann unter dem Aspekt einer Buchführung nach den Grundsätzen der Doppik nicht nachvollzogen werden,

dass z.B. die Erstattungen für Flüchtlingsaufwendungen der Jahre 2015/16 in Höhe von 28 Mio. Euro, obwohl diese Erstattung feststeht, als Ertrag in den aktuellen DHH "eingebucht" werden. Offensichtlich sollte vermieden werden, den tatsächlichen Umfang der Neuverschuldung zu offenbaren. Insbesondere war es Ziel, die magische 100 Millionengrenze Neuverschuldung, die es tatsächlich gibt, nicht benennen zu müssen.

Der Vollständigkeit halber sollte zudem aber auch darauf hingewiesen werden, dass weitere 43 Mio. Euro nur deshalb in der Schuldenbilanz nicht auftauchen, weil genau in diesem Umfang Grundstücke der Stadt verkauft werden.

Tatsächlich, und dies sollte offen gesagt werden dürfen, gibt unsere Stadt ca. jeden sechsten Euro aus, der entweder durch Schulden oder Werteverzehr finanziert wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich hatte bereits darauf hingewiesen, dass die Verwaltung nahezu jeglichen Nachweis darauf, wie man zukünftig gedenkt einen Haushalt ohne Neuverschuldung vorzulegen, schuldig geblieben ist. Bei einer Steigerung des Personalbestandes um 22 % binnen vier Jahren und einer exorbitanten Steigerung der Betreuungskosten, aber auch der Baukosten, sollte zumindest die Frage nach einer deutlich Verlangsamung des diesbezüglichen Tempos erlaubt sein.

Bedenklich ist in diesem Zusammenhang, dass dem Gemeinderat erst auf Nachfrage mitgeteilt wird, dass z.B. der Fertigstellungstermin 31.12.2018 für die Baumaßnahme Rotteckring/Siegesdenkmal nicht mehr gilt. Wenn auch nicht unbedingt bei dieser Maßnahme, aber sicherlich bei einer Vielzahl anderer Investitionen hätte die Stadt durchaus das eine oder andere Jahr "durchschnaufen" können, zumal den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt nun wahrhaftig ausreichend anderweitige "Baustellen" zur Verfügung stehen.

Aus Sicht unserer Fraktion war und ist es auch nicht notwendig, die Sanierung des Augustinermuseums unbedingt bis zum Stadtjubiläum im Jahr 2020 abschließen zu müssen. Die Liste der Möglichkeiten, das Ausgabentempo in unserer Stadt abzusenken, ließe sich sicherlich noch erheblich ergänzen.

Freiburg hat also, und insoweit stimmen wir dem Herrn Oberbürgermeister zu, kein Einnahmeproblem, sondern ein massives Problem bei den Ausgaben. Insoweit ist es auch falsch das "Heil" in einer Steigerung der Einnahmen herbeizusehen, anstatt konsequent bei den Ausgaben nach Korrekturen und Lösungen zu suchen.

Nicht zuletzt aus diesem Grund lehnt unsere Fraktion auch die Erhöhung der Gewerbesteuer ab. Die Verbände der Wirtschaft und Selbständigen haben überzeugend darauf hingewiesen, dass eine weitere Erhöhung mittel- und langfristig dazu führen wird, dass der Wirtschaftsstandort Freiburg nachhaltig Schaden nimmt. Freiburg benötigt gerade auch in Zukunft innovative Existenzgründer und Unternehmen. Wem kann man es ernsthaft verübeln, wenn internationale Konzerne oder überregional agierende Unternehmen ihren Firmensitz in Gemeinden verlegen, die deutlich weniger Gewerbesteuer verlangen. Angesichts sprudelnder Steuereinnahmen und nahezu vorhandener Vollbeschäftigung, ist die Erhöhung von Steuerlasten das völlig falsche Signal.

Im Zusammenhang mit der Diskussion über den DHH kann auch das Thema "Bauen" nicht unerwähnt bleiben. Angesichts der gravierenden Wohnungsnot in Freiburg, vor allem im Bereich preisgünstigen Wohnraums, fehlt unserer Fraktion das Verständnis

dafür, dass zum Beispiel der als "Heilsbringer" angekündigte Perspektivplan erst mit zweijähriger Verspätung vorgelegt werden soll.

Die ebenfalls sehr zögerliche Haltung der Verwaltung, vorhandene Bauflächen besser auszunutzen, ist nicht nachvollziehbar. Baugebiete wie Zinklern, Höhe/Zähringen und Dietenbach seien hier nur beispielhaft genannt. Erst ein Antrag der Fraktionen hat z.B. für Dietenbach die Option einer bis zu 8-stöckigen Bebauung eröffnet. Wenn wir nicht in die Höhe bauen, wird preiswerter Wohnraum ein Wunschtraum bleiben. In diesem Zusammenhang weise ich ein weiteres Mal auf unseren Vorstoß hin, den Dachgeschossausbau aktiv anzugehen. Diese schlummernden Potentiale werden seitens der Verwaltung schlichtweg vernachlässigt. Mit welcher Unterstützung derartige Vorstöße honoriert werden zeigt allein die Tatsache, dass selbst nach Monaten und mehreren Anmahnungen bis zum heutigen Tag noch nicht einmal das Protokoll des Fraktionsgespräches in Sachen Dachgeschossausbau erstellt, bzw. vorgelegt wurde.

Unsere Fraktion hat zudem bereits vor vier Jahren, also anlässlich der Verabschiedung des DHH 2013/14 gefordert, dass neben dem neuen Baugebiet Dietenbach parallel ein weiteres großes Baugebiet in die Entwicklung gehen sollte. Nachdem sich nunmehr gezeigt hat, dass selbst die optimistischsten Prognosen des Wachstums für Freiburg übertroffen werden, ist die Entwicklung des Areals "Rieselfeld West" mehr als überfällig.

Unsere Fraktion fordert die Verwaltung, aber auch die Mehrheit des Gemeinderates erneut auf, sich diesen Tatsachen nicht zu verschließen sondern stattdessen rechtzeitig zu handeln. Der Fehler auf "Nachverdichtung" zu setzen, oder zu meinen, man könne das Wohnungsproblem durch Flächen wie der Wendeschleife im Vauban, den Dreisamwiesen, oder den Mooswald lösen, sollte nicht weiter begangen werden, zumal derartige Maßnahmen der Bevölkerung nur schwer zu vermitteln sind.

Angesichts des Mangels an Wohnbauflächen in Freiburg, sollte nunmehr auch endlich das Thema Eisstadion angegangen werden. Der Neubau einer Multifunktionshalle, nebst zweiter Eisfläche auf der Messe sollte endlich in eine Planungsphase münden. Der bisherige Standort bietet wertvollen Platz für mehrere hundert Wohnungen.

Bekanntermaßen ist auch im Bereich der Schulbausanierung noch viel zu tun. Erfreulicherweise wurde hier bereits eine große Strecke, nicht zuletzt auch durch das Staudinger Gymnasium zurückgelegt. Zukünftig sollte hier aber deutlich mehr auf das für unsere Stadt verkraftbare Tempo geachtet werden. Nach wie vor mahnt unsere Fraktion in diesem Zusammenhang ein schlüssiges Konzept zur Nutzung der Sporthallen, gerade auch für unsere Vereine an. Wir sind hier bereits mehrfach mit eigenen Vorschlägen auf die Verwaltung zugekommen, ohne dass bisher eine Lösung gefunden wurde.

Im Zusammenhang mit dem Thema "Bauen" seien mir auch ein paar Ausführungen zum Thema "Kosten" gestattet. Dass die Baukosten bei öffentlichen Bau- und Sanierungsvorhaben immer wieder "außer Kontrolle" geraten, ist kein Geheimnis und ließe sich vielfach belegen. Egal ob es um eine Polizeistation im Mooswald, oder den Kindergarten beim Verwaltungszentrum, das Augustinermuseum, oder die Verzögerungen bei der Erstellung des neuen Verwaltungszentrums geht. Es handelt sich offensichtlich um ein "systemimmanentes Problem". Wenn bei einer solchen Erkenntnis dann aber nahezu der gesamte Gemeinderat ein von unserer Fraktion beantragtes externes Baukostencontrolling ablehnt, ist dies nicht mehr nachvollziehbar. Ich erlaube mir darauf hinzuweisen, dass eine Vielzahl von Städten und Gemeinden genau dieses Thema aufgegriffen haben. Der Einstieg in ein effektives Kostencontrolling ist aus unserer Sicht mehr als überfällig. Hierdurch entstehende Kosten amortisieren sich binnen kürzester Zeit um ein Vielfaches.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

Der von mir sehr geschätzte SPD-Politiker Egon Bahr hat vor vielen Jahren einmal folgenden Satz, wie ich meine völlig zutreffend, formuliert:

"Wenn man - aus welchem Grunde auch immer - den Gürtel enger schnallen muss, muss die Gerechtigkeit größer geschrieben werden. Sonst nimmt man die Menschen nicht mit."

Genau diese Auffassung von verantwortlicher Politik, hat bei unserer Fraktion zu der Überzeugung geführt, dass wir uns trotz, oder gerade wegen der enormen Neuverschuldung den besonderen Bedürfnissen und Anforderungen einer Vielzahl von Institutionen im kulturellen aber auch sozialen Bereich nicht verschließen konnten und wollten. Hintergrund unserer Überzeugung ist hierbei, dass die vorhandene ungezügelter Ausgabenmentalität nicht auf dem Rücken von Kulturschaffenden und überwiegend auch ehrenamtlich tätigen Menschen unserer Stadt "ausgetragen" werden darf. Institutionen, deren Existenz und Arbeit ohne zusätzliche Hilfe nicht möglich ist, bedürfen unserer Unterstützung.

Wir waren daher sehr gern bereit, durch eigene Anträge z.B. die Arbeit von Tritta in der AG Mädchen, die von Wildwasser oder die Arbeit der Bahnhofsmision stärker zu fördern, oder entsprechenden Anträgen anderer Fraktionen unsere Unterstützung zu gewähren. Hier seien beispielhaft die Zuschüsse für das Tanzprojekt im E-Werk oder das Cala-Theater genannt, ohne Anspruch auf Vollständigkeit.

Es entspricht aber auch dem Gebot der Gerechtigkeit, wenn den Bürgerinnen und Bürgern im Westteil unserer Stadt, in dem seit Jahren eine massive Bauaktivität zu einem stetigen Anstieg der Bewohner geführt hat, quasi als "Ausgleich" nunmehr endlich das Naturschwimmbad gebaut wird. Gleiches gilt auch für die Unterstützung unserer Fraktion für den Farrenstall in Waltershofen und den Högebrunnenplatz in Hochdorf.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen,

Die Kritik der Freien Wähler an dem vorgelegten DHH für die Jahre 2017 und 2018, begründet sich vor Allem darin, dass es uns erneut nicht gelungen ist zu vermeiden, weitere Schulden in enormer Höhe unserer nachfolgenden Generation aufzubürden. Dies lässt sich mit dem Gewissen eines guten Kaufmanns schlichtweg nicht vereinbaren.

Trotz diesem Unmut, ist aber auch auf die positiven Entwicklungen in unserer Stadt hinzuweisen, bzw. sind diese zu würdigen.

Trotz der inzwischen vierten Verschiebung des Einzugstermins ist unsere Fraktion sicher, dass das Neue Verwaltungszentrum -sicherlich ein architektonisches Schmuckstück- nicht nur bei der Bevölkerung eine hohe Akzeptanz finden wird, sondern dass sich auch eine Vielzahl von Synergieeffekten zeigen wird. Vor Allem aber wird der Service für die Menschen dieser Stadt deutlich verbessert werden können.

In Sinne der Überzeugung von Egon Bahr, den ich zitiert habe, war und ist es auch eine große Errungenschaft des Freiburger Gemeinderates, dass gerade für Bürgerinnen und Bürger mit geringem Einkommen nunmehr das Sozialticket eingeführt wurde. Ohne die Urhebererschaft für das Sozialticket in Anspruch nehmen zu wollen, freuen wir uns, dass der Kompromissvorschlag unserer Fraktion letztendlich den Durchbruch bei den Gesprächen der Fraktionen und letztendlich eine Mehrheit im Gemeinderat gebracht hat.

Erfreulich ist auch zu erwähnen, dass der SC Freiburg nicht nur sportlich "hält, was er verspricht", sondern zudem auch in finanzieller Hinsicht für Mehrkosten beim Stadionneubau einsteht. So, wie es sich nach unserer Auffassung eben für einen anständigen Kaufmann gehört. Es bleibt zu hoffen, dass die geplante Fertigstellung zur Saison 2019/20 nicht durch unnötige Bürokratiehindernisse gefährdet wird.

Im Sinne dieser von mir erwähnten positiven Entwicklungen unserer Stadt ist auch unser Antrag für eine Barrierefreie Innenstadt zu verstehen. Neben den bereits erzielten Erfolgen, wie z.B. der Zusage nun endlich einen barrierefreien Hauptbahnhof zu realisieren, muss es ein Selbstverständnis des Gemeinderates und der Verwaltung sein, zumindest die Freiburger Innenstadt und den ÖPNV allen Freiburger Bürgerinnen und Bürgern zugänglich und erlebbar zu machen. Insoweit bedanken wir uns für die breite Unterstützung der Fraktionen für unseren Antrag.

Freiburg steht auch zukünftig vor großen Herausforderungen, deren Bewältigung leider durch die erneute massive Schuldenaufnahme nicht erleichtert wurde.

Neben den enormen Aufgaben, die die Integration von Flüchtlingen an uns stellt, ist auch die Quartiersarbeit in Freiburg neu zu ordnen. Unsere Fraktion hat hier den nunmehr eingeschlagenen Weg tatkräftig unterstützt und dankt in diesem Zusammenhang der Vielzahl von ehrenamtlich tätigen Menschen, sowohl bei der Flüchtlingsarbeit, als auch bei der Arbeit und Hilfe in den Quartieren.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen,

Ich darf mich abschließend, ausdrücklich auch im Namen von Anke Dallmann und Manfred Stather, bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt Freiburg, aber auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der städtischen Gesellschaften und den Mitgliedern der Personalräte für ihre Arbeit und ihren Einsatz bedanken. Ihnen verehrte Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, aber auch der „Regierungsbank“ danke ich für die überwiegend vertrauensvolle und sehr konstruktive Zusammenarbeit in den letzten zwei Jahren, verbunden mit der Hoffnung, dass dies, trotz unserer zum Teil sehr kritischen Anmerkungen auch zukünftig so der Fall sein wird.

Die Fraktion der Freien Wähler wird trotz unserer deutlichen Kritik an der Position Ausgaben dem Doppelhaushalt 2017/2018 in Gänze zustimmen. Wir hoffen, dass unsere kritischen Anmerkungen zumindest einen kleinen Beitrag dazu leisten, hier wirksame Veränderungen umzusetzen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Dr. Johannes Gröger
Fraktionsvorsitzender der Freien Wähler